Elon Musks Twitter-Profil [ILLUSTRATION BY SCOTT OLSON/GETTY IMAGES]

Freie Meinungsäußerung auf Twitter? Nicht, wenn die EU es verhindern kann

- Richard Palmer
- 18.05.2022

Ende April konnte ein großer Erfolg für die Online-Freiheit verbucht werden. Der Milliardär Elon Musk will Twitter kaufen. Doch Liberale auf der ganzen Welt hatten ihre Fäuste geballt, als Musk versprach, den einst hochgehaltenen Grundsatz der Redefreiheit wieder auf die Plattform zurückzubringen.

Aber seine Aufgabe könnte sich als nicht so einfach erweisen. Nicht nur die Leitung von Twitter will einschränken, was auf Twitter gesagt werden kann. Auch andere sehr mächtige Kräfte wollen kontrollieren, was online gesagt wird.

Zur gleichen Zeit, als Musk sein Angebot für Twitter abgab, einigte sich die Europäische Union auf die Entwürfe ihres Rechtsakts für digitale Dienste, wodurch eine neue europäische Bürokratie mit globaler Reichweite geschaffen würde, die in der Lage wäre, das zu überwachen, was online gesagt wird.

Nach 16 Monaten Verhandlungen einigten sich die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die nationalen Regierungen am 23. April auf Pläne zur Regulierung von Twitter und anderen sozialen Netzwerken.

Der Rechtsakt über digitale Dienste (englische Bezeichnung: Digital Services Act –DSA) soll nun bis Ende des Jahres Realität werden. Damit wird eine neue EU-Bürokratie zur Verwaltung der größten Technologieunternehmen – mit mehr als 45 Millionen europäischen Nutzern – geschaffen. Die Europäische Kommission wird rund 150 Mitarbeiter einstellen, um diese Unternehmen zu regulieren, und Geld für externe Berater ausgeben.

Mit dem Gesetz werden große Unternehmen in die Pflicht genommen, „Falschinformationen“ zu unterbinden. Die Strafen für die Nichteinhaltung sind enorm: Unternehmen können mit Geldstrafen von bis zu 6 Prozent des weltweiten Umsatzes belegt werden. Für Twitter wären das Hunderte von Millionen Dollar. Für Facebook wären es Milliarden.

Viele Befürworter der freien Meinungsäußerung im Internet haben mit einem Seufzer der Erleichterung reagiert. Einige der von der EU vorgeschlagenen Maßnahmen wären für die freie Meinungsäußerung verheerend gewesen. Eine der diskutierten Ideen hätte zum Beispiel große soziale Netzwerke gezwungen, alle Beiträge vorab zu prüfen. Anstatt ‚nur‘ schlechte Beiträge zu löschen, hätten die Netzwerke alle Beiträge genehmigen müssen, bevor sie online gingen, und zwar größtenteils mit Hilfe eines Computerprogramms. Dies hätte nicht nur ein Maß an Zensur mit sich gebracht, das alles bisher Dagewesene übertrifft, sondern wäre auch völlig undurchführbar gewesen, weshalb die Idee fallen gelassen wurde.

Aber die Tatsache, dass es noch schlimmer hätte kommen können, sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, was gerade passiert. Die Europäische Union ist dabei, eine neue Regulierungsbehörde einzurichten, die kontrollieren soll, was weltweit online gesagt wird.

Der neue Plan enthält auch viele gute Dinge. Es gibt Bestimmungen, die die Art und Weise einschränken, wie große Unternehmen Daten über Sie sammeln, Sie verfolgen und Sie mit Werbung ansprechen.

Die EU führt einige gute Gründe für die Einführung dieser Änderungen an. Es ist richtig, dass es große Probleme mit den sozialen Medien gibt. Sie weist zu Recht auf den wirklichen Schaden hin, den sie verursachen, insbesondere bei Jugendlichen.

Aber nur weil das Problem real ist, bedeutet das nicht, dass die Lösung der EU eine Verbesserung darstellt. All das ändert nichts an der Tatsache, dass die EU mehr Kontrolle darüber haben will, was Menschen in großen sozialen Netzwerken

sagen.

Für die EU ist eines der größten Probleme der sozialen Medien, dass es zu viel freie Meinungsäußerung gibt. Die Unternehmen tun nicht genug, um die „Falschinformationen“ einzudämmen.

In der EU gibt es keinen ersten Verfassungszusatz, und Äußerungen, die in den Vereinigten Staaten geschützt wären, werden in europäischen Unternehmen oft als „Hassrede“ eingestuft und sind verboten. Der DSA bringt diese Einschränkungen online.

Große Soziale Medien-Websites werden verpflichtet sein, mit Falschinformationen umzugehen – also mit Äußerungen, die nicht als Hassrede eingestuft werden, die der EU aber dennoch nicht gefallen. Sie müssen sie nicht verbieten, aber sie müssen etwas tun – z. B. eine Falschinformationswarnung hinzufügen, oder die Inhalte durch „Shadow banning“ teilweise oder vollständig nicht einsehbar machen, die Verbreitung des Beitrags stillschweigend stoppen oder einen „Faktencheck“ durchführen.

Die EU wird in der Lage sein, im Falle einer „Krise“ noch mehr Macht zu erlangen. Wenn die nationalen Behörden der EU dafür stimmen, eine Krise auszurufen, z. B. aufgrund einer Pandemie, will die EU die Macht haben, den Unternehmen der sozialen Medien genau vorzuschreiben, was ein Nutzer posten darf und was nicht.

Die EU droht bereits mit einem Verbot von Twitter, falls Musk einen „absolutistischen Kurs der Meinungsfreiheit“ einschlägt. Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, sagte der *Financial Times*, dass, wenn Twitter „sich nicht an unser Gesetz hält, es Sanktionen gibt – 6 Prozent der Einnahmen und – wenn sie weitermachen – ein Verbot, in Europa zu operieren.“

Dieses Gesetz wird wahrscheinlich bald einschränken, was in den USA gepostet werden darf. Anu Bradford, Rechtsprofessorin an der Columbia University, schreibt in ihrem Buch *The Brussels Effect - How the European Union Rules the World (Der Brüsseler Effekt - Wie die Europäische Union die Welt regiert):* „Anstatt sich am Schutz der freien Meinungsäußerung nach dem Ersten Verfassungszusatz der USA zu orientieren, folgen Facebook, Twitter und YouTube weltweit der EU-Definition von Hassrede, wenn sie entscheiden, welche Inhalte sie von ihren Plattformen entfernen.“

Dass bestimmte Stellen in den USA gezeigt werden, in der EU aber nicht, ist zwar möglich, aber ein großer Aufwand. Es ist viel einfacher, einfach die EU-Vorschriften weltweit anzuwenden, was auch immer wieder geschieht.

Das ist der Grund, warum viele in der radikalen Linken, wie die ehemalige US-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton, die EU bejubeln. Als die Unternehmen der sozialen Medien in den Händen von Milliardären waren, die wie sie dachten, sagte die Linke in den USA: „*Das sind private Unternehmen, die können tun, was sie wollen – wenn sie zensieren wollen, können sie das tun.“* Sobald Twitter von jemandem aufgekauft wird, mit dem sie nicht einverstanden sind, gründen sie ein *Disinformation Governance Board* (Verwaltungsrat für Falschinformationen). Aber in den USA kann die Regierung nur sehr begrenzt zensieren; sie ist durch den ersten Verfassungszusatz eingeschränkt. In der EU ist das nicht der Fall. Wenn die EU die Zensur durchsetzt, ist es für die Amerikaner viel schwieriger, Einspruch zu erheben.

> For too long, tech platforms have amplified disinformation and extremism with no accountability. The EU is poised to do something about it.
>
> I urge our transatlantic allies to push the Digital Services Act across the finish line and bolster global democracy before it's too late.
>
> — Hillary Clinton (@HillaryClinton) April 21, 2022

Die radikale Linke will derart verzweifelt die Kontrolle über die sozialen Medien behalten, dass sie lieber die EU ermächtigen würde, sie zu überwachen, als politischen Gegnern die freie Meinungsäußerung zu erlauben. Würden die USA wirklich für die freie Meinungsäußerung im Internet kämpfen, würde es der EU schwerfallen, ihnen diese wegzunehmen. Aber stattdessen helfen Amerikas Politiker der von Deutschland geführten EU.

Dieses Gesetz ist noch viele Monate von seinem Inkrafttreten entfernt. Aber schon jetzt verrät es viel über die radikale Linke und die EU. In seinem Artikel von 2019 „Deutschland übernimmt die Kontrolle über das Internet“ schrieb der Chefredakteur der *Posaune,* Gerald Flurry:

> Die Europäische Union arbeitet daran, die Kontrolle über das Internet zu erlangen. Sie hat bei diesem Unterfangen bereits erhebliche Fortschritte gemacht. ...
>
> Deutschlands Zielsetzungen für das Internet sollten eigentlich alle Leute beunruhigen – selbst diejenigen, die gar keinen Computer haben. Das Verhalten der EU in dieser Frage verrät den diktatorischen Charakter dieser von Deutschland beherrschten Institution. Wir erleben hier tatsächlich die Ausprägung der Wesensart des Heiligen Römischen Reiches in der technologischen Welt. Die in der Bibel prophezeite siebte und letzte Wiederauferstehung dieses Reiches wird die Kontrolle über das Internet übernehmen! ...
>
> Wir müssen diese Angelegenheit im Zusammenhang mit der Prophetie der Bibel und der Geschichte sehen. Die von Deutschland angeführte EU verhält sich genauso wie das Heilige Römische Reich sich schon immer verhalten hat. Deutschland ist mal wieder dabei, der Welt seinen Willen aufzuzwingen. Es fällt nicht leicht, diese

Botschaft zu akzeptieren und viele Leute werden damit nicht einverstanden sein, aber es ist die Wahrheit!

Das Internet verändert sich vor Ihren Augen. Einst war es ein freier Raum für alle. Jetzt wird der größte Teil des Datenverkehrs durch eine Handvoll Torwächter gelenkt, die Ihnen nur bestimmte Dinge erlauben zu sehen. Und es ist die von Deutschland geführte Europäische Union, die genau bestimmen will, was Sie sehen können und was nicht.

Diese neue Macht macht sich bereits bemerkbar, und sie will kontrollieren, was Sie lesen und sagen. Das ist genau die Art von Macht, die in der Bibel beschrieben wird und die wir schon seit Jahrzehnten vorausgesagt haben.

In Offenbarung 17 wird eine Macht beschrieben, die sich immer wieder in Europa erhebt. Was sich heute erhebt, ist eine Fortsetzung dessen, was früher war. In Vers 8 wird diese Macht „das Tier, dass gewesen ist und jetzt nicht ist und wieder sein wird“ genannt. Es gibt eine Macht mit einem ähnlichen, zensorischen Charakter, die auf der europäischen Bühne kommt und geht – das Heilige Römische Reich. In Offenbarung 18 wird gezeigt, wie diese Macht den weltweiten Handel und die Wirtschaft beherrscht. Wir sehen dies in der regulatorischen „Supermacht“ der EU. In anderen Kapiteln wird beschrieben, wie diese Macht den religiösen Glauben reguliert und versucht zu kontrollieren, was die Menschen denken und sagen.

Diese in Europa aufsteigende Macht macht sich bereits auf der ganzen Welt bemerkbar. Ein entscheidender Teil der Endzeit-Ereignisse wirkt sich bereits auf Ihr Leben aus. Um mehr darüber zu erfahren und wohin es führt, lesen Sie Herrn Flurrys Artikel „Deutschland übernimmt die Kontrolle über das Internet“.